

Verkauf
täglich mit Ausnahme Sonn-
und Feiertags.

Bezugspreis
vierteljährlich 3 Mk. frei ins
Haus gebracht; durch die Post
bezogen mit Beleggeld
3 Mk. 17 Pfg.

Wagenfahrten 25 Pfg.
Wagenfahrten 5 Pfg., **Ältere**
10 Pfg.

Kreiszeitung

für den Oberlausen-Kreis.

Anzeigenpreis

die viergespaltene Norm-
zeile oder 6. von Raum 20
Pfg.; im Nachrichtenblatt die
Zeile 35 Pfg. — Nach-
satz bei öfteren Wiederhol-
ungen. — Laufende Wahn-
ungsanzeigen nach Vereinbarung.

Geschäftsstelle

Bismarckstraße 73, Homburg 14
Postfachkonto Nr. 11660
Frankfurt a. M.

Nach dem Sturm

D. R. Wer geglaubt hatte, daß die hochwichtigen Besprechungen dieser Tage im Mittelpunkt unseres politischen Lebens mit einem dramatischen Donnerstagschlag sozusagen enden würden, der wird sich jetzt angenehm enttäuscht fühlen. Das Haupt des Staatssekretärs v. Kühlmann war das mindeste, was von der einen Seite als Sühneopfer für die Unstimmigkeiten von Brest-Litowsk gefordert wurde — und die Möglichkeit einer Trennung Hindenburgs von Ludendorff wurde von der anderen Seite schon ganz ernsthaft zur Erwägung gestellt, während eine Mittelrichtung sich schon mit dem Rücktritt des Herrn v. Valentini begnügen wollte, des Chefs des kaiserlichen Zivilkabinetts. Aus alledem ist nichts geworden. Herr v. Kühlmann bleibt als Vertrauensmann des Reichskanzlers in Brest-Litowsk, dieser selbst denkt auch nicht im mindesten daran zu erkranken und sich nach einem Nachfolger umzusehen, und General Ludendorff kehrt ebenso selbstsicher und siegesgewiß, wie er gewesen, ins Große Hauptquartier zurück, um dort neue Waffentaten schmieden zu helfen. Es hat lediglich in Berlin eine „vertrauensvolle Aussprache“ zwischen dem Grafen Hertling und unseren Heerführern stattgefunden, wird jetzt halbamtlich mitgeteilt, und da keine sachlichen Streitpunkte vorlagen, bedurfte es zu ihrer Entscheidung auch keines Kronrats. Daß nebenher auch der Kaiser mit den Ergebnissen dieser vertrauensvollen Aussprache fortgesetzt befaßt wurde und daß auch der Kronprinz an ihnen lebhaften Anteil nahm, versteht den Ereignissen unzweifelhaft eine erhöhte Bedeutung, kann aber die amtliche Berichterstattung nicht zu größerer Mittelsamkeit bestimmen. Genug, daß die leitenden Persönlichkeiten sich miteinander verständigt haben, daß keine sachlichen Meinungsverschiedenheiten vorlagen und daß nachher keine äußerlich sichtbaren Veränderungen eingetreten sind — mit diesen Feststellungen soll die Öffentlichkeit sich einstweilen zufriedengeben und, was wohl die Hauptsache ist, nunmehr den Fortgang der Verhandlungen in Brest-Litowsk abwarten. „Vertrauensvoll“ abwarten, nach dem guten Beispiel, das die Reichsleitung ihr Vorbild gegeben hat.

Es wird ihr in der Tat nichts anderes übrigbleiben. Aber sie braucht sich auch nicht mit der Kost aus der Preßfische der Reichskanzlei zu begnügen. „Ausgleich“ lautet die Lösung, die zur Kennzeichnung des inneren Verlaufs dieser entscheidenden Aussprache von zweiter Hand ausgegeben wird, eine „Demarkationslinie“ zwischen der militärischen und politischen Leitung unserer Schicksale sei gefunden und festgelegt worden, die für die Zukunft die Wiederverkehr von Reibungen unmöglich mache. Klare Grundlinien für die Verhandlungen im Osten sind gezogen — und freie Bahn nach Westen, die wiederum ihre Grenzen in den Staatsnotwendigkeiten des Deutschen Reiches finde. So sei nun endlich alles aufs beste bestellt, und es bleibe nur noch übrig, daß unsere Unterhändler sich fortan genau an die Abmachungen dieser Tage hielten, dann würden uns neue Kriegserfolge mit samt dem ungefunten Zustand unruhiger Erregung, der mit ihnen notwendigerweise jetzt immer verbunden ist, für die Zukunft erspart bleiben. So einfach, wie unfundierte Leute sich das zuweilen vorstellen, liegen die Dinge natürlich nicht: daß die Militärs nur über militärische und die verantwortlichen Politiker nur über politische Fragen gehört werden dürfen oder zu entscheiden haben. Beide Gebiete greifen häufig ineinander über, und namentlich wo es sich um die höchsten Interessen des Vaterlandes, um seine Sicherheit und sein Fortleben nach Zeit schwerster Heimtuchungen handelt, wird sich das sachverständige Urteil unserer obersten Führer am wenigsten fein säuberlich nach der einen oder nach der anderen Seite hin trennen lassen. Unser besonderer Stolz sind auch stets die ganzen Männer gewesen, die der Himmel uns geschenkt hat und die auch jetzt an der Spitze unserer Heeresleitung stehen. Niemand würde es wohl verwunderlich finden, wenn sie z. B. neue Blutopfer ablehnten, falls die politische Leitung des Reiches sich nicht entschlossen zeigte, ihre Kriegs- und Friedensziele dementsprechend festzulegen, einfach aus dem Grunde, weil enger gesteckte Ziele sich auch mit den schon bisher gebrachten Opfern erreichen ließen. Und umgekehrt kann die politische Führung militärische Wünsche ablehnen, weil sie mit ihrer Erfüllung schädliche Nebenwirkungen allgemeiner Natur für das Reich verknüpft sieht. Hier heißt es eben einen Ausgleich schaffen — und das ist in den Tagen, die hinter uns liegen, geschehen. Um welche Fragen im einzelnen es sich dabei gehandelt hat, darüber wird sich nicht mehr als in Andeutungen reden lassen; vielleicht findet Graf Hertling, wenn er demnächst wieder öffentlich das Wort ergreift, Mittel und Wege, um auch die ärgsten Zweifler einigermaßen zu beruhigen. Bis dahin können wir nichts Besseres tun, als auch unsererseits den höchsten Beratern der Krone Vertrauen entgegenzubringen.

Der Tatbeweis, daß wir als die Sieger mit unseren Feinden zu unterhandeln gedenken, wird inzwischen in Brest-Litowsk erbracht. Nicht nur durch General Hoffmann, dessen kraftvolle Beschlüsse über guten Verhandlungston und über die Bescheidenheit, die dem Besiegten zutragen, die Herren Trotskij und Genossen sich gemäß nicht

hinter den Spiegel stecken werden. Auch Staatssekretär v. Kühlmann zeigte in den letzten Sitzungen eine bemerkenswerte Festigkeit in der Führung. Er wußte die Gegenpartei wiederholt in die Enge zu treiben und hatte schließlich den Mut, die Verhandlungen in dem Augenblick abzubreaken, als ihre Fortsetzung zunächst nutzlos geworden war. So wird sich bald herausstellen müssen, ob die Petersburger einen Frieden, wie sie ihn haben können, haben wollen oder ob sie sich etwa einbilden, mit unseren Bevollmächtigten wie die Rache mit der Maus spielen zu können. Wir haben feste Ziele im Osten, und die müssen erreicht werden, sei es in Brest-Litowsk oder anderswo. Einen Ausgleich können auch die Russen haben, aber er muß schon die Berliner Prägung tragen, nicht die Marke der Maximalisten, die vielleicht morgen wieder anderen Beuten Platz machen müssen. Berlin und Brest-Litowsk — hier wird sich die Dauerhaftigkeit der neuartigen Abmachungen unserer führenden Männer zu allererst zu erweisen haben.

Der Krieg.

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 17. Januar M. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Keine größeren Kampfhandlungen. In zahlreichen Frontabschnitten Erkundungsgesuche. Nördlich von Veschendaele, an der Scarpe, bei Vendhuile und St. Quentin wurden einige Engländer gefangen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Magedonische Front.

Im Gerna-Bogen dauernd erhöhte Artillerietätigkeit an.

Italienische Front.

Die Lage ist unverändert.

Bei ihren erfolglosen und verlustreichen Angriffen am 14. und 15. Januar haben die Italiener an Gefangenen 12 Offiziere und mehr als 300 Mann eingebracht.

Der große Generalquartiersmeister: Ludendorff.

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk.

In einigen Punkten Annäherung.

Brest-Litowsk, 16. Jan. Heute wurden die gestern wieder aufgenommenen Besprechungen der deutsch-österreichisch-ungarisch-russischen Kommission zur Regelung der territorialen und politischen Fragen fortgesetzt. Trotz der vorläufig noch starken Abweichungen in den Auffassungen der beiden verhandelnden Parteien konnte in einigen Punkten eine gewisse Annäherung festgestellt werden.

M. Berlin, 18. Jan. (Morgenblättermeldung.) Der „Berliner Lokalanzeiger“ will sich auf Grund der Nachrichten aus Brest-Litowsk keinem vorläufigen Optimismus hingeben. Es sei aber doch klar, sagt er, daß bei der ukrainischen Delegation der Wille vorliege, durch ein praktisch brauchbares Ergebnis zum Frieden zu kommen. Der Eindruck, daß die russische Delegation das gleiche Ziel verfolge, sei seit der Unterbrechung der Verhandlungen im Dezember nicht sonderlich stark gewesen und sei immer schwächer geworden. Mit einer außerordentlichen Geduld habe Staatssekretär von Kühlmann immer wieder versucht, die von Herrn Trotskij ins Uferlose fortgesponnenen Debatten zu konkreten Zielen zurückzuführen. Der Konzeptionen an Herrn Trotskij wären es längst genug und übergenug. Wie liegen die Dinge? Brauchen wir oder die Russen mehr den Frieden. Wir können das ruhigen Auges mit ansehen, daß Herr Trotskij mit der Verlängerung des Krieges in der Tasche nach Petersburg zurückkehrt, während möglich die nicht ins Rebellhafte verstoßenen Vertreter der ukrainischen Republik den Frieden mit den Mittelmächten abschließen.

Die „Germania“ sagt, man vermeine in Trotskij jeden Augenblick mehr den Weltagitator zu sehen als den Friedensbringer, dem das eine Ziel über alles gehe, den Völkern seines Landes schnell, sicher und in ehrenvoller Weise die Segnungen geordneter und beruhigter Zustände wiederzugeben. Die Unterhändler der Vierbundmächte bewiesen in allen möglichen Fragen ein weitgehendes Entgegenkommen und ihr ehrlicher Friedenswille ist durch Taten erwiesen. Wir haben uns zum Unterhandeln bereit gezeigt, in den nächsten Tagen wird die Entscheidung fallen, ob wir uns einer Täuschung hingaben, als wir bei den Petersburger Herren den gleichen ehrlichen Willen annahmen.

Die Ost- und Westfragen.

J. Berlin, 17. Jan. (Privatmeldung.) Die „Tägliche Rundschau“ will über das Ergebnis der zwischen dem Reichskanzler und der Obersten Heeresleitung gepflogenen Besprechung erfahren haben, daß ein volles Einvernehmen dahin erzielt worden ist, daß die Regelung der gesamten Ostfragen als ein einheitliches Ganzes zu betrachten sei, und daß daher die litauische, kurländische und politische Frage wechselseitig in einander hinüberzuspielen. Damit ist eine einheitliche deutsch-österreichische Front gegenüber Rußland gegeben. Diese Front wird sich auf die berufenen derzeitigen Vertretungen Litauens und Kurlands sowie Polens stützen, deren einheitliche Erklärungen vorliegen, die ausgebaut, aber nicht umgestoßen werden können. Ebenso war ein volles Einverständnis darüber vorhanden, daß auch nach Westen hin wirksame Sicherungen geschaffen werden können. Ob und wie weit diese Sicherungen territoriale Defensivmaßnahmen unumgänglich machen, wird unserem Verteidigungsstandpunkt entsprechend davon abhängen, wie weit unsere Feinde uns zu gehen zwingen. Je größer die Opfer sind, die wir unserer Selbstbehauptung zu bringen gezwungen werden, je stärker also die gegen uns gerichtete Drohung sich erweist, umso größer und nachdrücklicher werden die Garantien werden, die uns vor einer Wiederkehr einer solchen Gefahrengefahrung sicherstellen. Für dieses Ergebnis erwies sich eine grundsätzliche Neuorientierung unserer vom Reichskanzler verantwortlichen zu vertretenden Politik nicht als gegeben. Deutschland wird die ihm unentbehrlichen militärischen Sicherungen erhalten, ohne den Boden des Rechts zu verlassen. Alle Sensationsnachrichten der letzten Tage entbehren somit der tatsächlichen Berechtigung.

Die Frauenfrage im Abgeordnetenhaus.

P. A. Neben unseren Feldgrauen, die auf den Schlachtfeldern Blut und Leben für das Vaterland einsetzten, haben in erster Linie die deutschen Frauen, die dabei in weitem Umfange die Arbeiten der Männer auf sich genommen und tapfer die großen Entbehrungen ertragen haben, Anspruch auf unsere Anerkennung und Dankbarkeit. Kein Geringerer als der Kaiser selbst hat ihnen in berechneten Worten diese Anerkennung und Dankbarkeit gezollt, und hier war der Monarch, wie so oft, der Dolmetscher der Gefühle des ganzen Volkes. Diese Gefühlsregung sollte unseres Erachtens es verhindern, daß die Bewährung der deutschen Frauen auf so vielen Gebieten des öffentlichen Lebens dazu benutzt wird, unter Vorschub der Frauen parteipolitische Ziele zu verfolgen, wie es in erster Linie seitens der Sozialdemokratie geschieht, welche die Kriegslage für die Durchsetzung des uneingeschränkten Frauenwahlrechts für Staat und Gemeinde auszunutzen sucht. Es gäbe kaum einen schlechteren Lohn für die Aufopferung der deutschen Frauen als die Übertragung aller Wirren und Kämpfe der Politik auf unsere Frauenwelt, denn nichts könnte die Eigenart der deutschen Frau und mit ihr das deutsche Familienleben schneller und gründlicher zerstören. Mit Rücksicht auf die sozialdemokratischen Bestrebungen verdienen die Verhandlungen über das Frauenstimmrecht, die am Dienstag im preussischen Abgeordnetenhaus gepflogen wurden, weitgehende Beachtung. Ließen sie doch erkennen, welche Stellung die einzelnen Parteien angesichts der Erfahrungen des Krieges zu dieser Frage einnehmen.

Den Anlaß zu den Verhandlungen gab ein fortschrittlicher Antrag auf Zulassung von Frauen als Mitglieder städtischer Verwaltungsdeputationen. Die Ausschüsse der Deputationen haben zu einer Einschränkung dieses Antrages dahin geführt, daß Frauen zu Mitgliedern städtischer Verwaltungsdeputationen und Stiftungsvorstände der sozialen Fürsorge und Wohlfahrtspflege mit beschließender Stimme zugelassen werden sollen. Ein Zentrumsantrag verforderte die Ausdehnung dieser Zulassung auf die Schulkommissionen. Die Sozialdemokraten verlangten auch bei dieser Gelegenheit die völlige politische Gleichstellung der Frauen mit den Männern, also das Frauenstimm- und -wahlrecht im Staate wie in der Gemeinde. Für diese radikale „Politikalisierung der Frauen“ trat am Dienstag im Abgeordnetenhaus nur die äußerste Linke ein, aber auch der Wortführer der fortschrittlichen Volkspartei ließ erkennen, daß diese Partei zwar bereit ist, der Sozialdemokratie zu folgen, daß sie jedoch „zurzeit“ davon absteht, die volle politische Gleichberechtigung der Frauen zu verlangen. Die übrigen bürgerlichen Parteien lehnen diese Forderung nach wie vor ab. Die Nationalliberalen stehen zwar dem freisinnigen Antrage auf Zulassung der Frauen zu allen städtischen Verwaltungskommissionen wohlwollend gegenüber, ihre Mehrheit aber trägt Bedenken, dieser Forderung ohne gewisse Bedingungen zuzustimmen. Die beiden konservativen Fraktionen stimmten dem Ausschlußantrage mit Berücksichtigung des Zentrumsantrages zu. Mit Recht wurde von konservativer Seite hervorgehoben, daß schon gegen diese Erweiterung der Zulassung der Frauen zur städtischen Verwaltung Bedenken beständen, da auf diesem Wege das allgemeine Wahlrecht der

Frauen in der Gemeinde gefördert werde, das von radikaler Seite als Vorwand für das politische Wahlrecht der Frauen benutzt werden würde. Die Folgen der „Politik der Frauen“ wurden von dem konservativen Abgeordneten Graef klar und eindringlich dargestellt.

In der Tat, man mag den Interessen der Frauenwelt noch so wohlwollend gegenüberstehen, in der Hineinziehung der Frauen in den politischen Tagesstreit wird man keinen Vorteil für sie erblicken können. Im Gegenteil, wer es mit den deutschen Frauen gut meint, wird sie nicht zum Gegenstand eines Experimentes machen wollen, das für sie selbst, für unser Familienleben, die Gemeinde und den Staat überaus schädlich sein kann. Das hindert natürlich keineswegs, den Frauen auf den Gebieten der städtischen Verwaltung Betätigung zu gewähren, auf denen ihr Einfluß Gutes stiften kann, also namentlich auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge und der Wohlfahrtspflege. Auch in Schulfragen wird die Teilnahme der Frauen gewiß häufig von Nutzen sein. Was darüber hinausgeht, soweit die städtische Verwaltung in Betracht kommt, muß bereits zu Bedenken Anlaß geben, geschweige denn die Teilnahme der Frauen an den politischen Wahlen. Eine Abstimmung erfolgte am Dienstag im Abgeordnetenhaus noch nicht. Wir hoffen aber, daß die Entscheidung in dem von uns dargelegten Sinne erfolgt, d. h. im Interesse der deutschen Frauen selbst.

Der preussische Haushaltsplan für 1918.

Der preussische Haushaltsplan für 1918 ist in Anbetracht der Kriegsverhältnisse erfreulich günstig. Er schließt mit 6½ Milliarden Mark ab, also mit 1¼ Milliarden mehr als im Vorjahre. Dagegen sind die Fehlbeträge der vier verflochtenen Kriegsjahre geringer gewesen, als man anfangs befürchtet hatte und betragen heute nur noch 317 Millionen Mark. Neben zahlreichen Verwaltungs- und großen Mehreüberschüssen erwarten lassen, steht freilich die Eisenbahnverwaltung mit 152 Millionen Mindereinnahmen. Sie sind durch die tiefe Verteuerung der Materialien und Löhne veranlaßt. Finanzminister Hergt kündigte in seiner glänzenden Eatsrede die bevorstehende Einbringung eines Gesetzes an, das die Eisenbahntarife um 10 Prozent im Personenverkehr und um 15 Prozent im Güterverkehr erhöhen und insgesamt 398 Millionen Mark einbringen soll. Auch die Steuerzuschläge während des Krieges müssen im neuen Steuerjahr wieder erhöht werden. Dafür wird es aber möglich sein, den überlasteten Kommunen staatlich beizuspringen, eine Besoldungsregelung der Beamten, die nicht in tiefe Verschuldung geraten dürfen, ins Auge zu fassen und größere Summen für Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der Minderbemittelten, sowie für Säuglingsfürsorge und Tuberkulosebekämpfung aufzuwenden. Zur Bekämpfung der niedergehenden Steuermoral soll die Veranlagungsorganisation ausgebaut werden, um im ganzen Lande gleichmäßig die alten Steuern besser ausschöpfen zu können. Der Königsberger Seefanal wird vertieft und verbreitert und für die Provinz Ostpreußen dadurch eine neue Blüte des Güterverkehrs herbeigeführt werden. Alles in allem ist der neue Etat reicher wie seine Vorgänger ausgestattet, und die wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnisse Preußens werden trotz des Krieges nicht Not zu leiden brauchen. Die finanzielle Marktwirtschaft im preussischen Staat bewährt sich im Kriege und berechtigt zu zureichenden Aussichten in die Zukunft.

Hochwasser.

Ht. Vom Main, 14. Jan. Der Main führt in ständig steigendem Maße gewaltige Wasserfluten dem Rhein zu. An zahlreichen Stellen ist er bereits ausgeföhrt und ergießt sich ins flache Land. Da noch bis Samstag, vielleicht auch Sonntag, mit einer raschen Steigerung des Wasserstandes zu rechnen ist, wird das Hochwasser eine seit langen Jahren nicht erreichte Höhe erklimmen. Die Nebenflüsse können infolge des steigenden Mainstandes ihre hochgehenden Fluten nicht mehr wie sonst dem Strom zuleiten und führen Druck und Stauwasser, das sich immer landeinwärts bemerkbar macht. Infolgedessen nehmen hier die Ueberschwemmungen rapid zu. Besonders wild schreien Ringel und Nidda zu Tale. Das untere Niddatal ist von Babel ab fast zu einem See geworden. Die Mainwasser führen seit heute auch zahlreiche Baumstämme mit sich. Solange das Hochwasser solchen gefährlichen Charakter wie jetzt hat, kann von einer Wiederaufnahme der Schifffahrt natürlich keine Rede sein.

Letzte Meldungen.

Bingen, 17. Jan. Der Rhein ist hier in den letzten vierundzwanzig Stunden um mehr als einen Meter gestiegen. Großen Schaden hat das Wasser in einer Fabrik in Vallendar angerichtet, wo 1000 Fässer Marmelade fortgeschwemmt wurden. Die Hochflut der Nahe hat die Ortschaften Grolsheim, Münster, Dietersheim, Sarnsheim und die Häuser der Neumühle bei Budesheim unter Wasser gesetzt. Zur Hilfeleistung sind Pioniere eingetroffen. Auch bei der Mosel hat das Wasser eine solche Höhe erreicht, daß in verschiedenen Ortschaften die Sturmglocken geläutet wurden. An verschiedenen Stellen sind die Dämme der Moseltalbahn unterwühlt und fortgerissen worden. Bei der regnerischen Witterung ist ein weiteres Steigen des Rheins und seiner Nebenflüsse zu befürchten.

Köln, 17. Jan. Wie die städtische Verwaltung mitteilt, ist der Rhein von gestern Mittwoch auf heute Donnerstag von 2,55 Meter Kölner Pegel auf 6,85 Meter, also um mehr als vier Meter gestiegen und steigt noch weiter. Ein Teil der Keller in der Nähe des Rheins ist überflutet, es ist zu befürchten, daß auch weitere anstehende Stadtteile überflutet werden. Die städtische Verwaltung fordert die Bürgerschaft der bedrohten Stadtteile auf, die Keller unverzüglich zu räumen, damit der Verlust unerfährlicher Lebensmittel vermieden wird.

Essen, 17. Jan. Ruhr, Weser, Ems und Wupper führen schweres Hochwasser und überfluten die Ufer.

Letzte Meldungen.

Zum Eisenbahnunglück bei Kirn.

Saarbrücken, 17. Jan. (Priv.-Tel. Antlich.) Am 16. d. Mts. 7 Uhr 12 Min. vormittags entgleiste (wie schon kurz gemeldet. D. Red.) zwischen den Bahnhöfen Kirn und Hochstetten der Umlaufzug 243 infolge Dammunterspülung durch Hochwasser der Nahe. Lokomotive, Packwagen und drei Personenwagen stürzten in den Fluß. Bis jetzt konnten 12 Tote geborgen werden. Es wird befürchtet, daß sich noch etwa 25 Tote in den im Hochwasser liegenden Wagen befinden. Außerdem sind 15 Personen schwer, 10 leicht verletzt. Der durchgehende Zugverkehr auf der Nahebahn ist wegen Unterspülung der Gleise durch Hochwasser vorerst gesperrt.

Berlin, 15. Jan. (Priv.-Tel.) In einem Fabrikraum der A. E. G. in der Brunnenstraße entstand gestern vormittag aus noch nicht aufgeklärter Ursache eine schwere Explosion. Von den im Hause anwesenden Personen wurde die 26jährige Arbeiterin Ida Kuegowski, deren Ehemann im Felde steht, in Stücke zerrissen und auf der Stelle getötet. Durch umherfliegende Eisen-, Holz- und Glas splitter wurden fünf Arbeiterinnen verletzt; gleichzeitig erlitten die Verunglückten infolge sich entweichender Säuredämpfe Vergiftungen.

Lokale Nachrichten.

Bad Homburg v. d. H., 18. Januar 1918.

* **Eisernes Kreuz.** Dem Kreisausschaffsintendanten Bize- wachmeister Christian Hartert wurde das Eisene Kreuz verliehen.

* **Die Ortskohlenstelle bleibt am morgigen Samstag geschlossen.**

* **Kurhaustheater.** Ein ausverkauftes Haus und ein aufmerksames Publikum, dessen Interesse an den Vorgängen auf der Bühne von Akt zu Akt sichtbar wächst, um schließlich mit lautem Beifall zu quittieren, ist das Ergebnis der gestrigen Aufführung des vieraktigen Volksstücks von Karstner und Lorenz betitelt „Wo die Schwalben nisten“. Das Stück, welches hier wiederholt schon gegeben und auch ausföhrlich besprochen wurde, gehört zu den besten, welche wir je gesehen haben. Vorzüglich im Aufbau und in der Entwicklung unter geschickter Verwertung aller äußerlichen Mittel, kombiniert mit hervorragendem Scharfsinn bis zum packenden Schluß, vereint sich alles zum unausbleiblichen Erfolg.

Weiter der Aufführung und Darsteller des Johannes Wendel war Direktor Walbert Steffter. Die Rolle ist für den Schauspieler äußerst dankbar und trägt den Erfolg in sich selbst. Was Direktor Steffter dazu gibt, ist, wir täuschen uns wohl nicht, so etwas wie Selbsterlebens und -empfundenes. In der Form vielleicht verändert, aber unverändert hinsichtlich der drückenden Schwere. So wandelt sich, nach unserem Empfinden, bei dem vorbildlichen Wendel des Direktors Steffter, die Täuschung in Wirklichkeit, voll Wärme und Innlichkeit.

Fräulein Ruth Steinegg war die Tochter Ma anvertraut worden. Das ist eine Rolle, die, um das Wort eines berufenen Führers unserer Bühne zu gebrauchen, „erlebt“ werden muß, und das hat die Darstellerin, trotz aller angewandten äußerlichen Mittel, nicht fertig gebracht. Woran das liegt — das mag ein anderer erschließen.

Sehr gut gegeben wurde vor allem die Wirtschafterin Irine von Frau Nora. Dann kamen der Reihe nach, gemessen an Leistung und Erfolg, Dr. Reim als Fritz Holbein, Helgon als Walter Wendel, Fräulein Rabe als Tili Sanders, Karsten als Knopf und Werrhmann als Hofmarschall v. Berendsen.

(Vorbericht des Theaterbüros.) Morgen Samstag Abend kommt zum letzten Male das Schauspiel „Alt-Heidelberg“ von Wilhelm Meiser-Förster zur Aufführung. Sonntag nachmittag ist eine Wiederholung des Lustspiels „Renaissance“ von Schönlhan und Kappel-Elfeld und am Sonntag Abend kommt neu einstudiert das Schauspiel „Einsame Menschen“ von Gerhart Hauptmann zur Wiedergabe, in den Hauptrollen besetzt mit den Damen Nora, Wahr, Steinegg und Steinmeyer, sowie den Herren Gerhart, Dr. Reim, Theiling, Schmidhoff. Die Spielleitung hat Oberspielleiter Ernst Theiling.

* **Saatgutverkehr.** Die Saatgutlieferanten und die Landwirte des Kreises machen wir auf die diesbezüglichen heutigen Bekanntmachungen des Vorsitzenden des Kreis-

ausschusses hiermit besonders aufmerksam. Um was es sich handelt, ist aus den Veröffentlichungen selbst zu ersehen.

* **Von der Eisenbahn.** Die Königliche Eisenbahndirektion macht bekannt, daß vom 20. d. Mts. ab der bisher nur Werktags beförderte Personenzug 200 Bad Homburg — Frankfurt täglich, und zwar 10 Minuten früher, ab Homburg 4,50 Uhr vormittags verkehrt. Vom gleichen Tage ab verkehrt der bisher täglich gefahrene Personenzug 200 Bad Homburg — Frankfurt ab 5,58 vormittags nur Werktags.

* **Abfah von Sauerkraut.** Die Kriegsgeellschaft für Sauerkraut hat mit Genehmigung des Bevollmächtigten des Reichslanzlers im „Reichsanzeiger“ Nr. 12 vom 15. Januar 1918 die höchstzulässigen Abfahrpreise für Sauerkraut der Ernte 1917 bekanntgegeben. Die Preise betragen für den Abfah durch den Hersteller 16 Mark, für den Abfah durch die behördlichen Verteilungsstellen an den Kleinhandel 19,50 Mark je Zentner und für den Abfah durch den Kleinhandel an die Verbraucher 0,25 Mark je Pfund. Die behördlichen Verteilungen von Sauerkraut werden demnächst beginnen. (Der Kleinhandelspreis von 35 Pfennigen für das Pfund der bisher von den Händlern gefordert wurde, ist demnach künftig unzulässig.)

* **Kartoffelanbau im Jahre 1918.** Im parlamentarischen Beirat des Kriegsernährungsamts ist kürzlich im Anschluß an die bekannten Vorschläge des Grafen von Schwerin-Löwitz und an die Verhandlungen im Haushaltsausschuß des preussischen Abgeordnetenhauses die Frage der Förderung des Kartoffelanbaues im Jahre 1918 behandelt worden. Es bestand darüber Einverständnis, daß der Kartoffelanbau im kommenden Wirtschaftsjahr nach Möglichkeit gefördert werden müsse und daß es zu diesem Zwecke dringend erwünscht sei, den Landwirten schon jetzt darüber Gewißheit zu verschaffen, daß sie mit einem den Mühen und Kosten des Anbaues entsprechenden Preise rechnen können. Nach längeren Erörterungen sprach sich der Beirat in seiner überwiegenden Mehrheit unter Zustimmung des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamts dahin aus, daß im Interesse der Förderung des Kartoffelanbaues eine Herabsetzung des Preises für Kartoffeln gegenüber dem Preise für 1917 nicht angängig sei. Der Kartoffelpreis wird sich daher auch im Jahre 1918 ebenso wie im Jahre 1917 auf einem Grundpreis von 8 Mark für den Zentner Frühkartoffeln und 5 Mark für den Zentner Spätkartoffeln aufzubauen haben. Wie bisher werden, je nach der Anbaugegend und bei Frühkartoffeln auch nach der Lieferungszeit, Zuschläge festzusetzen sein, deren nähere Ausgestaltung ebenso wie die Frage, ob und in welcher Höhe Schnelllebens- und Anfuhrprämien zu gewähren sind, späterer Entscheidung vorbehalten bleiben muß.

Vermischte Nachrichten.

— **Ob wir etwas davon kriegen?** Von der dänischen Grenze wird geschrieben: Ueber Schweden geht seit etwa 10 Tagen ein unermesslicher Heringsregen nieder. Ueber 300 Motordampfer haben in kurzer Zeit bisher weit über 1 110 000 Risten Heringe gefangen bzw. eingeliefert, somit etwa 110 Millionen Heringe ihrem Element entzissen und zugleich einen Millionengewinn herausgefischt. Die Riesenzünge werden in Schweden und Dänemark abgesetzt, es muß sich aber ermöglichen lassen, daß bei der augenblicklichen Fikthot hier zu Lande entsprechende Mengen von dem Ueberfluß dieser Meeresbeute auch nach Deutschland geleitet werden.

— **Strafanzzeige gegen den bisherigen Oberbürgermeister von Dessau.** In der Dessauer Stadtverordnetenversammlung beantragte der Stadtverordnete Dr. Leonhardt die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens bei der Staatsanwaltschaft gegen den bisherigen Oberbürgermeister Dr. Ebeling wegen Buchens und Ueberschreitung der Höchstpreise. Dr. Ebeling ist vor kurzem wegen der gegen seine Geschäftsführung erhobenen Vorwürfe vom Amte zurückgetreten.

— **Eine Gedächtniskapelle am Jönjo.** Aus Triest wird berichtet: Die Mutter Kaiser Karls, Erzherzogin Maria Josefa, hat dieser Tage die Stelle am Torrente bei Ruda besucht, an der Kaiser Karl vor einiger Zeit in Lebensgefahr gewesen ist. An der Unfallstelle wird eine schlichte, dem Ortscharakter angepasste Gedächtniskapelle errichtet werden.

— **Beschlagnahmter italienischer Besitz des österreichischen Kaiserhauses.** Aus Lugano wird berichtet, daß der dem österreichischen Kaiserhaus gehörige berühmte Pinienwald bei Viareggio mit sämtlichen darin befindlichen Bauten beschlagnahmt wurde.

— **1½ Millionen Rubel „Taschengeld“.** Bei einem Eisenbahnunglück, das kürzlich in Lublin stattfand, verunglückten mehrere Personen. Als man die Leichen barg, fand man in den Kleidern eines der Verunglückten 1½ Millionen Rubel eingetauscht. Seine Persönlichkeit konnte noch nicht festgestellt werden.

— **Orkan und Kälte in Amerika.** Die Agentur Radio meldet aus New York: Die Staaten Albana und Georgia wurden durch einen Orkan verwüstet. Es gab 60 Tote und zahlreiche Verletzte. Ueber Nordamerika geht eine neue Kälteperiode, die sich von West nach Ost ausdehnt. Man nimmt an, daß sie in Bälde auch Europa erreicht.

Das konzentrierte Licht

Osram-Azo

Gasgefüllt - bis 2000 Watt

Neue Typen:

Osram-Azola

Gasgefüllte Lampen 25 und 60 Watt

Nur das auf dem Glasballon eingestricene Wort OSRAM bürgt für das Fabrikat der Auergeellschaft, Berlin Ort - Oberal erblich